

Bündnis 90/Die Grünen
Delegationsreise
auf Einladung der Internationalen Abteilung der KPCh
Volksrepublik China
15. - 20. März 2010

Vom 15. - 20. März 2010 reiste der Bundesvorsitzende von *Bündnis 90/Die Grünen* Cem Özdemir mit einer fünfköpfigen Delegation in die chinesischen Städte Peking und Changsha. Die Reise fand als Gegenbesuch auf Einladung der *Internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas* statt und diente der Pflege und Vertiefung der langjährigen Kontakte beider Parteien. Die Delegation tauschte sich in Peking mit VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft unter anderem über Chinas Rolle in der internationalen Politik, die Rechtsstaatsentwicklung und Menschenrechte in China, die EU nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sowie den Green New Deal aus. Im südchinesischen Changsha nahm die Delegation am Parteiendialog *Ethnicity and Integration* der *Heinrich-Böll-Stiftung* und des *China Center for Overseas Social and Philosophical Theories* teil, der die chinesische Minderheitenpolitik der deutschen Integrationspolitik gegenüberstellte. Ein Teil der Delegation reiste im Anschluss weiter nach Wuhan, eine nationale Pilotregion im Umweltschutz, um sich zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung zu informieren.

Delegationsmitglieder

- Cem Özdemir (Bundesvorsitzender)
- Dr. Antje Vollmer (ehemalige Vizepräsidentin des Bundestages)
- Viola von Cramon (Mitglied des Bundestages)
- Arvid Bell (Mitglied des Parteirats)
- Jürgen Kretz (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Büro Viola von Cramon)

Begleitung vor Ort

- Sun Shouliang (Internationale Abteilung der KPCh)
- Katrin Altmeyer (Heinrich-Böll-Stiftung Peking)

Fazit

Der rasante Bedeutungszuwachs Chinas wirkt sich in Deutschland nicht nur in hohem Maße auf außenpolitische Fragestellungen, sondern immer deutlicher auch auf viele Themenbereiche ohne primären internationalen Bezug aus. Gestaltungsspielräume in der Verbraucher- oder Arbeitsmarktpolitik hängen mittlerweile fast ebenso eng mit den Entwicklungen in China zusammen wie in der Menschenrechts-, Klima- oder Entwicklungspolitik. Grüne Politik sollte sich daher nicht nur verstärkt kritisch mit China auseinandersetzen, sondern auch die Kooperationsmöglichkeiten vertiefen.

Institutionalisierung der Beziehungen: Die Partei Bündnis 90/Die Grünen pflegt seit vielen Jahren Kontakte zur *Internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas*. Die *Internationale Abteilung* (IA) ist für die Pflege der Beziehungen Chinas mit Parteien und Organisationen im Ausland verantwortlich. Persönlichkeiten wie Reinhard Bütikofer oder Antje Vollmer, die in China große Anerkennung und Respekt genießen, haben die Kontakte bedeutend geprägt. Da stabile Beziehungen und langfristig aufgebautes Vertrauen von großer Wichtigkeit für die chinesischen Partner sind, soll an diese Tradition angeknüpft werden. Die Kontakte sollen vertieft und institutionalisiert werden. Je langfristiger und konsistenter Grüne China-Politik angelegt ist, desto mehr Einfluss kann sie auf die Formulierung deutscher und europäischer Positionen gegenüber China nehmen.

Praktische Kooperation und Austausch: China ist geprägt von einer Offenheit für Wissenstransfer, große Lernbereitschaft und einer Tradition der selektiven Übernahme westlicher Konzepte. Andererseits werden die staatliche Souveränität und nationale Eigenständigkeit stark betont. Regelmäßig wiederkehrende Verstimmungen zwischen Peking und anderen Staaten sind nicht nur in konträren Interessenlagen, sondern auch in Unterschieden in der Kommunikationskultur begründet. Projekte der technischen Kooperation seitens der EU, der Bundesregierung, der politischen Stiftungen oder anderer Akteure zeigen immer wieder, dass nicht der erhobene Zeigefinger, sondern vor allem praktische Zusammenarbeit bei der Etablierung bestimmter Standards die größten Erfolge bringen. Dies können Umweltprojekte, die Förderung der Rechtsstaatsentwicklung, wissenschaftliche Konferenzen oder Dialogforen sein. Während manche Programme nicht über eine Symbolwirkung herauskommen, gibt es eine Vielzahl echter win-win-Projekte, wenn auch häufig außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit.

EU-China: Die offenkundigen Defizite der europäischen Außenpolitik treten insbesondere in den Beziehungen zur VR China zutage. Das Gewicht Chinas bezüglich seiner Bevölkerungszahl, Wirtschaftskraft und den politischen Einflussmöglichkeiten bringt ein deutliches Ungleichgewicht in den bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedsstaaten mit sich. Nur als Ganzes wird Europa auf Dauer seine Interessen gegenüber China durchsetzen können. Die uneinheitlichen Positionen der Mitgliedsstaaten gegenüber Peking machen es der Volksrepublik leicht, Positionen gegeneinander auszuspielen. Nur eine handlungsfähige gemeinsame europäische Außenpolitik kann auf Dauer europäischen Einfluss in Peking angemessen geltend machen.

China als Akteur in den internationalen Beziehungen: Chinesische Außenpolitik interpretiert staatliche Souveränität in einer Weise, die dem Nichteinmischungsgebot eine weit höhere Bedeutung beimisst, als dies heute in westlichen Staaten der Fall ist. Zusätzlich verschärft aus chinesischer Sicht die Weiterentwicklung des Konzepts *Responsibility to Protect* diesen Dissens. Die chinesische Führung sieht darin vorwiegend ein neues Instrument zur Durchsetzung „westlicher Interessen“. Immer wieder ergeben sich dadurch Blockaden vor den Vereinten Nationen, insbesondere im Sicherheitsrat. In der aktuellen Diskussion um Sanktionen gegen den Iran scheint diese lösbar zu sein. Von Fall zu Fall werden Kompromisse gefunden. Dennoch wird die deutsche, aber auch die europäische Außenpolitik auf Dauer einen Weg finden müssen, wie mit dieser „Grundeinstellung“ chinesischer Außenpolitik umgegangen werden kann. In Deutschland wird die Betonung des Nichteinmischungsprinzips häufig als inhaltsleere Rechtfertigungsstrategie für die chinesischen Interessen gesehen. Dies greift jedoch für ein gegenseitiges Verständnis zu kurz.

In welche Richtung sich diese Debatte bewegen wird, ist noch nicht abzusehen. Die Geltung der universellen Menschenrechte zu schwächen, kann nicht im deutschen und europäischen Interesse liegen. Die Relevanz der Debatte muss jedoch anerkannt werden. Dafür muss sich Europa ernsthaft mit den chinesischen Vorbehalten auseinandersetzen.

Rechtstaatlichkeit/Menschenrechte: China wird in Deutschland häufig im Zusammenhang mit seiner kritischen Menschenrechtslage wahrgenommen. Das Engagement für Menschenrechte ist ein wichtiges Anliegen von Bündnis 90/Die Grünen. Ausschlaggebend muss dabei jedoch sein, nicht nur übereinander, sondern miteinander zu reden. Die Vielseitigkeit Chinas im Bezug auf unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Gesellschaft, auf Interessenskonflikte zwischen verschiedenen politischen Ebenen sowie auf die Existenz recht weitgehender Gesetze, deren Hauptproblem die Umsetzung ist, muss einbezogen werden. Eine Fortentwicklung der Rechtsstaatlichkeit ist auch aus Sicht der zentralen Führung von großer Bedeutung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

Chinas. Der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument, das weiterhin unterstützt und fortentwickelt werden sollte.

Green New Deal/Grüne Technologie: China ist mittlerweile zu einem der größten Märkte für Grüne Technologien und erneuerbare Energien geworden. Die Volksrepublik findet sich häufig wegen besonders klimaschädlicher, veralteter Kohle-Technologie, äußerst umstrittener Staudammprojekte und einer Ausweitung der Atomenergie im Blickpunkt. Im Zentrum der chinesischen Umweltpolitik selbst steht jedoch das Interesse an einer deutlichen Erhöhung der Energieeffizienz. Regenerative Energien machen prozentual einen relativ kleinen Anteil aus. In absoluten Zahlen ergibt dies jedoch einen bedeutenden Markt. Impulse für eine größere Verbreitung regenerativer Energien in China zu geben, kann ein ebenso wichtiger Beitrag für den Klimaschutz sein wie politischer Druck. Europäische und deutsche Unternehmen müssen in diesem Bereich auf dem chinesischen Markt noch präsenter werden, wobei die Sorgen um mangelnden Schutz geistigen Eigentums nicht vernachlässigt werden dürfen. Dennoch sind die Nachteile, die ein verpasster Anschluss an den chinesischen Markt mit sich bringt, deutlich höher als die Risiken eines Eintritts in den Markt. Mit dem Green New Deal verfügt Bündnis 90/Die Grünen über ein Konzept, das großes Interesse bei den chinesischen Partnern hervorruft und Anknüpfungspunkte zur Rhetorik einer grünen Wirtschaftsentwicklung der chinesischen Seite bietet.

Die Delegation traf folgende GesprächspartnerInnen:

- Hr. Liu Yunshan, Mitglied des *Politbüros*
- Hr. Minister Wang Jiarui und Hr. Assistant-Minister Guo Yezhou, *Internationale Abteilung beim Zentralkomitee der KPCh*
- Fr. Vizeministerin Fu Ying, *Außenministerium*
- Fr. Xin Chunying, Mitglied des Ständigen Ausschusses und stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskomitees für Rechtsangelegenheiten des *Nationalen Volkskongresses*
- Hr. Cui Liru, Präsident des *China Institutes of Contemporary International Relations* und weitere WissenschaftlerInnen des Instituts
- Teilnahme am Parteiendialog *Ethnicity and Integration* der Heinrich-Böll-Stiftung und des *China Center for Overseas Social and Philosophical Theories* in Changsha
- Hr. Mei Kebao, stellvertretender Parteisekretär der *Provinz Hunan*
- Hr. Mario Krebs, politische Abteilung, *Deutsche Botschaft Peking*

- Partner der *Heinrich-Böll-Stiftung* aus der chinesischen Zivilgesellschaft
- Deutsche Presse-VertreterInnen

Viola von Cramon traf darüber hinaus folgende weitere GesprächspartnerInnen:

- Hr. He Shiping, stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des *Volkskongresses der Provinz Hubei*
- Hr. Lü Shengdong, Präsident der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des *Volkskongresses der Stadt Wuhan*
- Hr. Simon Sharpe, politische Abteilung, *Vertretung der Europäischen Union* in Peking
- Fr. Sun Qi, Wuhan-Koordinatorin von *Deutschland und China - Gemeinsam in Bewegung*
- VertreterInnen der *Bezirksverwaltung Jiang'an/Wuhan*

Dienstag, 16. März 2010

Internationale Abteilung beim Zentralkomitee der KPCh

In einem ersten Arbeitsgespräch mit Assistant-Minister Guo Yezhou bei *der Internationalen Abteilung (IA) beim Zentralkomitee der KPCh* stand die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien im Mittelpunkt. Die deutsche und die chinesische Seite waren sich einig, den Dialog zwischen den Parteien weiter zu vertiefen und zu institutionalisieren.

Die hervorragend über Deutschland und Europa informierten chinesischen Partner zeigten sich sehr interessiert daran, welche Veränderungen sich aus deutscher Sicht nach dem Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags in der Europäischen Union abzeichneten. Inhaltlich dominierte die Diskussion über die EU-Außenpolitik aus chinesischer Sicht. In dem fast zweieinhalb Stunden dauernden Gespräch wurden globale Herausforderungen, unkonventionelle Sicherheitsfragen wie der Klimawandel, Ernährungskrisen, Energiesicherheit, Katastrophen und Terrorismus, Chinas Beitrag bei der Klimakonferenz in Kopenhagen, Global Governance, der Green New Deal sowie der Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise angesprochen. Erwähnt wurden weiterhin die UN-Reform, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit oder der demographische Wandel, der für beide Länder ein Entwicklungshindernis darstellen kann. Auch kritische Themen wie die Trennung von Staat und Religion sowie Minderheiten- und Menschenrechte, etwa in Bezug auf Tibet, wurden diskutiert.

Mit dem Wohlstand für einige Gruppen seien die Probleme Chinas nicht weniger geworden, sondern gleichzeitig sei es häufig sehr komplex, einen Ausgleich zwischen den Regionen im Westen und im Osten, aber auch zwischen urbanen Metropolen und ländlichen Gebieten zu schaffen.

Abendessen mit Partnern der Heinrich-Böll-Stiftung

Bei einem Abendessen mit VertreterInnen verschiedener NROs und einer Hochschule standen vor allem die Situation der Zivilgesellschaft, Menschen- und Bürgerrechte sowie der Umweltschutz im Vordergrund. Eine zentrale Rolle nahm der Rechtsstaatsdialog ein, den Deutschland seit 2000 mit China führt, sowie die Rolle der Medien in der Gesellschaft. An dem Gespräch nahmen Frau Yu Jie, Expertin für Umwelt- und Klimapolitik, Herr Guo Yushan, Direktor des unabhängigen Think Tanks *Transition Initiative*, Herr Fu Tao, Leiter der NRO *China Development Brief*, Herr Prof. Shen Weirong, Tibet-Experte der Renmin Universität sowie Mario Krebs von der deutschen Botschaft teil.

Die VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft berichteten von ihrer Arbeit auf fundierte und kritische Weise. Sie legten sowohl die Schwierigkeiten und Restriktionen ihrer Arbeit, als auch positive Entwicklungen dar. Die NRO-Szene sei trotz Rückschlägen recht zuversichtlich. Die Etablierung neuer Medien biete viele Möglichkeiten für gesellschaftliche Diskurse, die die Führung durchaus aufnehme.

Gespräch mit deutschen Presse-VertreterInnen

In informeller Runde fand im Anschluss ein Gedankenaustausch mit den deutschen JournalistInnen Andreas Lorenz vom Spiegel, Jutta Lietsch von der TAZ sowie der freien Journalistin Kristin Kupfer statt. Diese berichteten über die Arbeitsbedingungen ausländischer KorrespondentInnen in China.

Mittwoch, 17. März 2010**Internationale Abteilung beim Zentralkomitee der KPCh**

Der zweite Tag der Delegationsreise begann wieder bei der Internationalen Abteilung. Cem Özdemir legte in einem Vortrag über die 30-jährige Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen das Selbstverständnis Grüner Politik in Deutschland dar. Angesprochen wurden die parteiinterne Demokratie, zentrale Anliegen und ihre Anknüpfungspunkte zur Situation in China. Zahlreiche MitarbeiterInnen der Internationalen Abteilung verfolgten den Vortrag und nahmen an der anschließenden Diskussion teil. Miteinander über die Entstehungsgeschichte der Grünen Partei, ihre Diskussionskultur oder auch die anfangs stark ausgeprägten basisdemokratischen Prinzipien zu sprechen, diene dem besseren Verständnis der Hintergründe beider Seiten. Für die IA, die Kontakte zu allen etablierten Parteien in Deutschland pflegt, ist es wichtig, deren jeweilige China-Politik einordnen zu können und sich ein realistisches Bild möglicher Regierungskonstellationen in Deutschland zu verschaffen. Aus dem Vortrag des Bundesvorsitzenden über die Grüne Partei

entwickelte sich ein breiteres Gespräch über Bürgerbeteiligung und Transparenz in Deutschland und China.

Im Anschluss daran empfing der Minister der Internationalen Abteilung Herr Wang Jiarui seine BesucherInnen. Der Minister ging auf alle Fragen erwartungsgemäß sachlich und offen ein. Standpunkte zu Afghanistan, Iran und der Zukunft der Europäischen Integration wurden ausgetauscht. Im Fokus standen die Medien, die unterschiedliche Betonung ziviler und sozialer Menschenrechte sowie Fragen der politischen Steuerung, etwa in Bezug auf die Umsetzung neuer Gesetze oder konkret auf die Korruption.

Aus dem Umgang des Ministers mit bestimmten Fragen zeigte sich eine höhere Bereitschaft, offen Auskunft zu geben, als gemeinhin erwartet worden war. Bezüglich Nordkorea stand beispielsweise nicht Solidarität mit dem Nachbarn im Vordergrund, sondern eine schonungslose Darstellung der Situation. Man wünsche Nordkorea seit langem einen anderen Weg. Ein ähnlicher Reform- und Öffnungsprozess wie im eigenen Land könne eine Lösung sein. Doch die Nichteinmischung in die staatliche Souveränität sei nach wie vor das oberste Gebot.

Außenministerium

Das Gespräch mit Vize-Außenministerin Frau Fu Ying fand ohne DolmetscherIn auf Englisch statt, was eine direktere und lebhaftere Kommunikation ermöglichte. Großen Raum nahmen die Rolle Chinas im Internationalen System sowie die europäisch-chinesischen Beziehungen ein. Frau Fu bat darum, China in vielen Punkten etwas mehr Zeit zu geben. Die Erwartungshaltung in Europa gegenüber China sei die Sicht einer postindustriellen Gesellschaft. China befinde sich an vielen Punkten jedoch noch weit entfernt von dieser Entwicklungsphase. Die Probleme ließen sich nicht in einem Zeitraum von 30 Jahren beheben. Europa habe dafür rund eineinhalb Jahrhunderte gebraucht. Im Jahr 2009 sei die chinesische Außenpolitik erwacht und habe realisiert, dass China eine gestaltende Kraft auf der internationalen Bühne geworden sei. Bis dahin sei dies lediglich eine Attribuierung von außen gewesen. Europa sei einer der zentralen internationalen Partner, müsse jedoch eine konsistentere China-Politik entwickeln.

Unterschiedliche Sichtweisen zum Vorgehen der chinesischen Führung gegenüber Demonstranten und Menschen, die versuchten, die Verursacher von Missständen stärker in die Pflicht zu nehmen, wurden ausgetauscht. Das Argument, Probleme seien gelöst, sobald der Staat sich in welcher Form auch immer damit befasse, zeigen große Gegensätze zum europäischen Verständnis von Rechtsstaat und Bürgerbeteiligung, über die offen diskutiert wurde. Weitere Themen waren die Freiheit der Medien, Transparenz sowie die Situation in Tibet. Abschließend riet die Vizeministerin, auch ländliche Gebiete in China zu besuchen, um ein besseres Verständnis des Landes zu gewinnen.

Politbüro der KPCh

Das Gespräch mit Herrn Liu Yunshan, Mitglied des Politbüros hatte neben den inhaltlichen Aspekten große symbolische Bedeutung. Im Reiseverlauf sollte sich noch zeigen, dass die große Gesprächsbereitschaft der obersten Führungsebene mit dem Bundesvorsitzenden von den chinesischen GesprächspartnerInnen deutlich registriert worden war. Als Mitglied des Gremiums der 24 mächtigsten Politiker in China, ist Herr Liu Yunshan im Politbüro für die Außendarstellung verantwortlich. Herr Liu berichtete vom Abschluss der diesjährigen Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses. Er zeigte sich sehr zufrieden, wenngleich 2009 das schwierigste Jahr der vergangenen Jahrzehnte gewesen sei. Das Jahr 2010 sei im Gegensatz dazu das komplizierteste Jahr. Ausgetauscht wurden Erwartungen an tragfähige Konzepte einer grünen Entwicklung sowie innenpolitische chinesische Fragestellungen wie die Korruptionsbekämpfung. Insbesondere die gegensätzlichen Wahrnehmungen des jeweils anderen Landes in den Medien in Europa und China wurden diskutiert.

China Institutes of Contemporary International Relations

In lockerer Atmosphäre wurde bei einem Abendessen mit ForscherInnen des Think Tanks *China Institutes of Contemporary International Relations* (CICIR) diskutiert. Im Gespräch mit dem Präsidenten des Instituts Herrn Cui Liru und drei weiteren WissenschaftlerInnen ging es um (geo)strategische Fragen in den Beziehungen zwischen Europa und China. Wie entwickelt sich die EU nach Lissabon? Wie steht es um die Beziehungen zu China? Welche Rolle spielen dabei Russland und Iran? In Bezug auf die Iran-Frage werde China trotz abweichender Standpunkte nicht blockieren, sondern sei selbst diplomatisch aktiv, um einen Kompromiss zu ermöglichen. Afghanistan wiederum solle die Möglichkeit erhalten, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, anstelle Spielball der Internationalen Gemeinschaft zu sein.

Da die Beratung der Regierung im Vordergrund der Arbeit des Think Tanks steht, scheinen Diplomatie oder Ideologie in den Bewertungen seiner WissenschaftlerInnen eine untergeordnete Rolle zu spielen. Hier sind die offensten und klarsten Analysen in China zu hören.

Europäische Union

In einem Gespräch mit Viola von Cramon berichtete Simon Sharpe von der Vertretung der Europäischen Union in Peking über seine Arbeit im Bereich Menschenrechtsschutz. Viele Projekte der Europäischen Union liefen äußerst erfolgreich und würden auch von lokalen Akteuren sehr positiv begleitet. Er berichtete ebenso von einigen Beispielen, in denen die Zusammenarbeit nur zögerlich voran ginge. Insgesamt zog er für das Projekt-Engagement der EU eine durchaus positive Bilanz.

Weiterhin wurde über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sowie die regelmäßigen EU-China-Gipfel gesprochen.

Donnerstag, 18. März 2010

Arbeitskomitee für Rechtsangelegenheiten des Nationalen Volkskongresses

In der großen Halle des Volkes traf die Delegation am Morgen des dritten Tages Frau Xin Chunying, Mitglied des Ständigen Ausschusses und stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskomitees für Rechtsangelegenheiten des *Nationalen Volkskongresses* (NVK). Sie erläuterte den Stand neuer Gesetzesinitiativen der gerade zu Ende gegangenen Jahrestagung des NVK. Von besonderem Interesse war dabei die generelle Rechtsstaatentwicklung. Die wenige Tage zuvor verabschiedete Wahlrechtsreform soll das extreme Missverhältnis von 4:1 beheben, das bisher zwischen der Vertretung von Stadt- und Landbevölkerung im NVK herrscht. Die genaue Umsetzung dieses Vorhabens ist allerdings noch nicht geklärt. Ebenso wurden zeitlich nicht festgelegte Reformvorhaben in Bereichen angesprochen, die direkte Auswirkungen auf die Bürgerrechte haben. Häufig liegen derartige Reformen im Interesse der Zentralregierung, widersprechen jedoch den Interessen von niedrigeren Behörden. Zu nennen sind hier das sogenannte *Gesetz zur Korrektur ungesetzlichen Verhaltens*, das die bisherigen Regelungen zur Administrativhaft und Arbeitslagern ersetzen soll, sowie ein neues *Verwaltungsdurchsetzungsgesetz*, das Widersprüche zwischen übergeordneten Gesetzen und Verordnungen lokaler Behörden auflösen soll, wie beispielsweise bei Landenteignungen. Ebenso ist die Abschaffung der Wohnortregistrierung durch das *Hukou-System* im Gespräch, das den Zuzug der Landbevölkerung in die Städte reglementiert. Dieses Reformvorhaben werde langfristig umgesetzt, momentan könne aber für den NVK keine Aussage dazu getroffen werden. Weitere Themen waren der Rechtsstaatsdialog, die Reform der Sozialversicherung, Defizite bei der Umsetzung neuer Gesetze sowie das chinesische Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Besichtigungen des muslimischen Viertels

Vor der Weiterreise nach Changsha fanden zur Vorbereitung auf die Konferenz *Ethnicity and Integration* Besuche eines Nachbarschaftszentrums und der Moschee im muslimischen Stadtviertel *Niu Jie* in Peking statt. Das Nachbarschaftszentrum bietet Angehörigen der muslimischen Hui-Minderheit eine Bibliothek, eine Krankenstation, Jugendwerkstätten, Familienplanungsberatung, einen umfassenden Bürgerservice und vieles mehr. In welchem Maße die sehr gut ausgestattete Einrichtung repräsentativ ist, kann durchaus hinterfragt werden. Zuvor war das Zentrum unter anderem von VertreterInnen des Nationalen Volkskongresses besucht worden.

Die im Anschluss besichtigte über 1000 Jahre alte Moschee in der Niu Jie wurde im chinesischen Stil erbaut. Seit Jahrhunderten leben in vielen chinesischen Städten die muslimischen Hui, die als gut integriert und akzeptiert gelten. Die relative Offenheit, mit der die Moschee-Gemeinde vom chinesischen Staat behandelt wird, ist nicht ungewöhnlich. In Peking gibt es ebenso mehr als hundert buddhistische und lamaistische Tempel. Es gibt fünf offiziell anerkannte Religionen, die staatlich reguliert und gefördert werden. Innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens sind religiöse Gruppierungen behördlich akzeptiert, solange sie nicht politisch aktiv werden. Alle offiziell anerkannten Religionen erleben in den letzten Jahren erheblichen Zulauf.

Weiterreise nach Changsha

Auf dem Campus der *Hunan Universität* in Changsha folgten eine Führung über die im Jahr 976 gegründete Yuelu-Akademie und ein Abendessen mit Vertretern der Hunan Universität, der gastgebenden Institution der Konferenz. Weiterhin fand ein Gespräch mit Vizeminister Herrn Yi Junqing statt, Direktor *des Central Compilation and Translation Bureau*, dem ältesten Think Tank der KPCh, welches ein weiterer Kooperationspartner der *Heinrich-Böll-Stiftung* bei der Konferenzorganisation war.

Freitag, 19. März 2010

Konferenz Ethnicity and Integration

Gemeinsam mit dem *China Center for Overseas Social and Philosophical Theories*, dem *Central Compilation and Translation Bureau* und der *Hunan Universität* organisierte die *Heinrich-Böll-Stiftung* in Changsha die Konferenz *Ethnicity and Integration*. Sie diene dazu, Erfahrungen in der Minderheitenpolitik in China und der Integrationspolitik in Deutschland kritisch einander gegenüber zu stellen. Die *Heinrich-Böll-Stiftung* und Professor Lai Hairong, der mittlerweile für das *China Center for Overseas Social and Philosophical Theories* forscht, kooperieren seit Jahren intensiv. Der Parteidialog ist ein Forum, in dem auch kritische Themen konstruktiv angesprochen werden können. Vor dem Hintergrund der jüngsten ethnischen Spannungen in Tibet und Xinjiang sowie der gesellschaftlichen Diskussion in Deutschland über Diskriminierung und Integration von MigratInnen fand ein selbstkritischer Austausch über Wahrnehmungen, Problemstellungen und Lösungsansätze statt.

Als Key Note-Speaker ging Cem Özdemir auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Einwanderungsgesellschaft und den graduellen Wandel ihres Selbstverständnisses ein.

Die Konferenz zeigte erneut, dass fachliche Diskussionen in China auch zu kritischen Themen auf einem sehr hohen Niveau offen und zielorientiert stattfinden können. Der Umgang mit ethnischen Minderheiten ist in China deutlich differenzierter und vielfältiger als gemeinhin im Westen wahrgenommen wird. Der westliche Blick muss sich, neben Han-Chinesen, Uiguren und Tibetern, auch der übrigen Gruppen bewusst sein, um zu einer Einschätzung zu kommen. Chinas Selbstverständnis als multiethnischer Staat mit 56 Volksgruppen schlägt sich in der bevorzugten Behandlung von Minderheiten im Bildungsbereich oder bei der weniger restriktiven Geburtenkontrolle nieder. Alle ethnischen Minderheiten sind per Gesetz in den Volkskongressen auf lokaler, Provinz- und nationaler Ebene vertreten. Als einer der Unterschiede zeigte sich während den Diskussionen beispielsweise, dass viele chinesische TeilnehmerInnen Minderheitenpolitik als staatlich zu lösende Aufgabe mit einem Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung betrachteten, während viele deutsche TeilnehmerInnen die (Zivil)Gesellschaft sowie Identitätsprozesse im Mittelpunkt sahen.

KP-Provinzkomitee Hunan

Bei einem Abendessen mit dem stellvertretenden Parteisekretär der Provinz Hunan, Herr Mei Kebao stand das Thema grüne Technologie im Vordergrund. Die Provinz Hunan unterhält Partnerschaften mit mehreren deutschen Bundesländern, dem Saarland, Hamburg und Bremen. Ein weiteres Thema war der Studierenden- und Jugendaustausch. Da die einzige Möglichkeit für groß angelegte Austauschprogramme bisher das Auslandsstudium ist, sei es wünschenswert auch die Kooperationen von Mittelschulen zu intensivieren.

Samstag, 20. März 2010

Weiterreise in die Umweltschutz-Pilotregion Wuhan

Nach Beendigung des Besuchsprogramms der Gesamtdelegation reiste Viola von Cramon nach Wuhan, einer nationalen Pilotregion im Bereich „Umweltschutz und Energieeffizienz“. Wuhan ist trotz seiner knapp 10 Millionen EinwohnerInnen eine Stadt der „zweiten Reihe“, die stärker in den Blick genommen werden sollten, da gerade in diesen Städten interessante politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen stattfinden.

Auf Einladung von Herrn He Shipings, des stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, sowie des stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltausschusses des *Volkskongresses der Provinz Hubei* wurde bei einem Mittagessen über umweltpolitische Fragestellungen der Provinz gesprochen. Diskutiert wurde der Einsatz von grünen Technologien, beispielsweise im Umgang mit Abwässern, im Rahmen eines Elektroauto-Versuchsprojekts und der Errichtung von Windparks.

Besondere Bedeutung hat in diesem Kontext die Steigerung der Energieeffizienz und der Wettbewerbsposition im Vergleich zu anderen chinesischen Städten sowie auf dem Weltmarkt.

Wuhan versucht sich im Bezirk Jiang'an an einer nachhaltigen Altstadtsanierung. Das alte Gesandtschaftsviertel, in dem früher deutsche, französische und russische Vertretungen erbaut wurden, soll modernisiert werden, ohne alte Bausubstanz zu zerstören. Gleichzeitig sollen Bauten entfernt werden, die nachträglich ohne Rücksicht auf den historischen Wert des Viertels eingefügt worden waren. Bei einem Gespräch mit Frau Sun Qi, Wuhan-Koordinatorin der Kampagne *Deutschland und China - Gemeinsam in Bewegung* und der *Bezirksverwaltung Jiang'an* wurden die Restaurierungspläne erläutert und anschließend das Gesandtschaftsviertel besichtigt.

Die Jangtse-Ufer-Promenade des selben Distrikts diente 2009 für die deutsche Kampagne *Deutschland und China - Gemeinsam in Bewegung*, die unter dem Oberthema nachhaltige Stadtentwicklung für den deutsch-chinesischen Austausch warb. Auf dem Gelände konnten verschiedene Kleinst-Versuchsprojekte im Bereich Solar- und Windenergie besichtigt werden.

Bei einem Abendessen auf Einladung von Herrn Lü Shengdong, Präsident der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des *Volkskongresses der Stadt Wuhan*, wurden das Interesse der Stadt an langfristigen Beziehungen zu Deutschland und Europa bekräftigt. Dies gelte insbesondere im Bereich grüner Technologie, da die Stadt zusammen mit acht weiteren angrenzenden Bezirken eine nationale Pilotregion im Umweltschutz bilde. Mit Dongfeng hat Wuhan einen bedeutenden chinesischen Autohersteller vor Ort, der im Bereich Elektromobilität sehr aktiv ist. Die Stadt Wuhan ist dabei, ein Versuchsprojekt zu etablieren, das öffentliche Ladestationen für Elektrofahrzeuge im ganzen Stadtgebiet bieten soll.